

## **Reparationsleistungen 1945 bis 1989 und der Systemwettbewerb DDR – BRD**

Wenn es in wirtschaftswissenschaftlichen Publikationen um die Frage geht, welches der beiden Wirtschaftssysteme, Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, geeigneter ist, gesellschaftlichen Reichtum zu schaffen, welche Art des Wirtschaftens die größere Effizienz aufweist, dann werden in der Regel nicht nur die ordnungspolitischen Vor- bzw. Nachteile der beiden Wirtschaftsformen abgehandelt, sondern auch empirische Nachweise geliefert. Das ist insofern möglich, als im 20. Jahrhundert, vor allem in seiner zweiten Hälfte, neben der Marktwirtschaft auch die Planwirtschaft in einer Reihe von Ländern, vor allem in Europa, praktische Anwendung fand. Am besten für einen derartigen Nachweis geeignet ist Deutschland, da beide Teile des Landes, BRD und DDR, ein wirtschaftliches Erbe antraten, das sich – seit der Gründung des Deutschen Zollvereins 1834 und der im Lande im ersten Drittel des 19. Jahrhundert einsetzenden industriellen Revolution – auf einheitlicher wirtschafts- und ordnungspolitischer Grundlage entwickelte, was zu einem annähernd gleich hohem Wirtschaftsniveau in den verschiedenen Regionen des Zollvereinsgebiets bzw. ab 1871 des Deutschen Reiches geführt hatte. Für das Jahr 1936 vorgenommene Berechnungen haben ergeben, dass die mitteldeutschen Industriebetriebe zwischen Mecklenburg und Thüringen Waren im Werte von 546 Reichsmark je Einwohner produzierten, 510 RM die westdeutschen Unternehmen.<sup>1</sup>

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zerfiel Deutschland viereinhalb Jahrzehnte lang in zwei Teile, von denen sich, zunächst unter dem Einfluss der jeweiligen Besatzungsmächte, die Wirtschaft im westlichen Teil, der Bundesrepublik, seit Ende der 1940er Jahre als „soziale Marktwirtschaft“, im östlichen Teil, der DDR, seit Beginn der 1950er Jahre als „sozialistische Planwirtschaft“ entwickelte. Welche Wirtschaftsform die effizientere sei, ließe sich daher, so die Argumentation der Wirtschaftswissenschaftler, am deutschen Beispiel aufgrund der gemeinsamen Vorgeschichte mit besonderer Sicherheit daran ablesen, welche der beiden Wirtschaften im ökonomischen Wettlauf, zu dem sich beide deutsche Staaten bald bekannten, die führende Position errang und diese erfolgreich verteidigen konnte.

### **1. Zur Rolle der Reparationen in Darstellungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte**

Das so gewonnene Urteil erscheint – legt man die bei Ländervergleichen weltweit verwendete volkswirtschaftliche Effektivitätskennziffer Bruttoprodukt (BIP) pro Einwohner zugrunde – eindeutig: Die Planwirtschaft der DDR blieb gegenüber der marktwirtschaftlicher Ordnung der Bundesrepublik schon bei der Bewältigung der Wiederherstellungsperiode (1945-49/50) deutlich zurück. Es

---

<sup>1</sup> Bruno Gleitze, Sowjetwirtschaft in der Krise, Köln 1961, S. 7.

gelang der DDR – allen diesbezüglichen Zielen, die sich die DDR-Führung in ihren Perspektivplänen noch stellen sollte, zum Trotz – auch in den folgenden 40 Jahren nicht, den eingetretenen Rückstand auszugleichen.

Ein derartiger deutsch-deutscher Vergleich ignoriert jedoch, dass das in Ost- wie Westdeutschland gemeinsame wirtschaftliche Erbe, dass sich in einem in beiden Teilen etwa gleichen Produktivkraftniveau manifestiert hatte, bereits seit den ersten Nachkriegsjahren so nicht mehr existierte. Das war weniger auf einen unterschiedlichen Zerstörungsgrad der Produktionsanlagen durch Bombardements oder infolge von Erdkämpfen, z. B. beim Vordringen der Roten Armee bis Berlin, zurückzuführen<sup>2</sup> als auf die unterschiedliche Reparationslast, die die sowjetische Besatzungszone (SBZ) einerseits und die Besatzungszonen der Amerikaner, Briten und Franzosen andererseits zu tragen hatten.

Dies Reparationslasten – hauptsächlich handelte es sich um die Demontage von Industriebetrieben, aber auch um Entnahmen aus der laufenden Produktion – waren zwischen den Westzonen und der Ostzone Deutschlands ungleich verteilt. Das wird zwar generell anerkannt. Das Ausmaß der unterschiedlichen Lastverteilung ist jedoch in seiner Bedeutung für die deutsche Nachkriegsgeschichte im Vergleich etwa zu den Folgen, die die Umstellung im Osten Deutschlands auf die Planwirtschaft und des Westens auf die Marktwirtschaft nach Beendigung der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft hatte, unterschätzt worden – nicht nur für die wirtschaftliche Wiederherstellungsperiode in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre, sondern auch für die folgenden vier Jahrzehnte.

Um die Ergebnisse, die beim Wiederaufbau in Ost- bzw. West-Deutschland auf planwirtschaftlicher bzw. marktwirtschaftlicher Grundlage erreicht wurden, seriös einzuschätzen, ist daher in den der Produktions- und Lebensstandardentwicklung gewidmeten Abhandlungen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte unbedingt den Reparationen, ihrem Umfang, ihrer Struktur und ihrem Verlauf, größere Aufmerksamkeit zu widmen. Ihnen ist vor allem im Ensemble der auf die wirtschaftliche Nachkriegsentwicklung einwirkenden Faktoren – Kriegszerstörungen, Erschwernisse für die über die Zonengrenzen hinausgehenden innerdeutschen Warenlieferungen, Arbeitskräfteabwanderungen – mehr Platz einzuräumen als dies bisher in der Regel geschehen.

Wie wurde das Thema Reparationen in der wirtschaftshistorischen Literatur bisher gewöhnlich behandelt? Gewiss, Reparationen galten als eine der schwerwiegenden Belastungen der Nachkriegszeit in Deutschland. Ihr Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen wurde jedoch mit dem Verzicht auf weitere Reparationslieferungen im Westen noch vor Ende der 1940er Jahre und dem Verzicht der UdSSR auf Reparationslieferungen aus der DDR 1954 für erledigt betrachtet.

Dieser Beitrag soll darauf aufmerksam machen, dass die Reparationen mit ihren Folgen weitaus länger als ein Jahrfünft die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland mitbestimmt haben und dies bei der Einschätzung der Effektivität der sich

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu: Werner Abelshauer, *Deutsche Geschichte seit 1945*, Bonn 2005, S. 67-68.

nach Ende des Weltkrieges etablierenden bzw. etablierten Plan- bzw. Marktwirtschaft unbedingt zu berücksichtigen ist. Dies umso mehr, als die Reparationslasten zwischen Ost- und Westdeutschland sehr ungleich verteilt waren.

## **2. Wie die unterschiedliche Verteilung der Reparationslasten zwischen Ost- und Westdeutschland zustande kam**

Für die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich, die gegen den Hitlerstaat kämpften, stand von vornherein fest, dass Deutschland nach verlorenem Krieg Reparationen zahlen müsse. Das war schon nach dem Ersten Weltkrieg so gewesen. Anders aber als nach 1918 sollten die Reparationen nicht in Geldform, sondern in Sachform geleistet werden. Darauf hatten sich die führenden Repräsentanten der Sowjetunion und Großbritanniens, Stalin und Churchill, bereits im Dezember 1941 geeinigt. Die beiden anderen Alliierten, die USA und Frankreich, schlossen sich im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta, auf der die Richtlinien für die von Deutschland zu leistende Wiedergutmachung beschlossen wurden, dieser Entscheidung an.<sup>3</sup> Als Reparationsformen vereinbart wurden in Jalta die Demontage industrieller Anlagen, Warenlieferungen aus der laufenden Produktion und die Verwendung deutscher Arbeitskräfte.<sup>4</sup> Die Provinzen Deutschlands jenseits von Oder und Neiße an Polen bzw. die Sowjetunion zu übereignen beschloss die Alliierten mit der „Berliner Erklärung“ vom 5. Juni 1945. Die Aufteilung des verbliebenen Deutschland in Besatzungszonen trat gemäß „Berliner Erklärung“ am 1. Juni 1945 in Kraft.

Ihre Reparationsforderungen sollten die Alliierten grundsätzlich aus der eigenen Zone befriedigen. Da die durch Nazideutschland in der Sowjetunion angerichteten Schäden besonders hoch waren, die Reparationslast aber in allen Besatzungszonen etwa gleich sein sollte, wurde auf der Potsdamer Konferenz der Siegermächte im Juli 1945 vereinbart, „15 Prozent derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Ausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrien aus den westlichen Zonen Deutschlands zu entnehmen“ und an die sowjetische Besatzungsmacht zu liefern. Dafür sollten die Westzonen im Austausch einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln und Bergbauprodukten aus der sowjetischen Zone bekommen. Weiter sollte die Sowjetunion zehn Prozent der in den Westzonen auf Reparationskonto zu demontierenden Industriebetriebe „ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art“ erhalten.<sup>5</sup>

Aus diesen Beschlüssen ist ersichtlich, dass die vier Alliierten gemäß den während des Krieges erlittenen Schäden zwar in unterschiedlichem Maße Wiedergutmachungsleistung erhalten sollten, die Besatzungszonen jedoch hinsichtlich der Reparationslast gleichzubehandeln waren.

---

<sup>3</sup> Christoph Buchheim (Hrsg.), *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*, Baden-Baden 1995, S. 29-30.

<sup>4</sup> Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Politische Weichenstellungen in Nachkriegsdeutschland 1945-1953*, Göttingen 1979, S. 218.

<sup>5</sup> Ernst Deuerlein (Hrsg.), *Potsdam 1945*, München 1963, S. 360.

Diese durchaus nachvollziehbare Entscheidung ist in der Nachkriegszeit jedoch nicht realisiert worden. Die sowjetische Seite, zeitweise auch Frankreich, hielten sich bei der Befriedigung ihrer Reparationsforderungen nicht an die Beschlüsse des auf Grundlage der Potsdamer Reparationsvereinbarungen ausgearbeiteten, im März 1946 beschlossenen „Industrieplans“, sondern sie hielten sich an den Industrieanlagen ihrer jeweiligen Zone schadlos.<sup>6</sup> Die zunehmenden politischen Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten, die zum Kalten Krieg führten, hatten schließlich zur Folge, dass die gemeinsame Reparationspolitik aufgegeben wurde.<sup>7</sup>

Das unterschiedlich starke Interesse der Alliierten an Reparationslieferungen, an ihrem Umfang und ihrer Struktur, resultierte nicht nur aus dem unterschiedlichen Grad der von ihnen durch das Kriegsgeschehen erlittenen Zerstörungen. Auch die jeweilige Wirtschaftsordnung in den Siegerländern beeinflusste wesentlich das Ausmaß der Forderungen der einzelnen Siegermächte nach Reparationsgütern. Die marktwirtschaftlich organisierten Industriestaaten des Westens reagierten anders auf die auf ihre Wirtschaft einströmenden Reparationsgüter aus Deutschland als die Planwirtschaft der Sowjetunion. Dazu schrieb der Bielefelder Wirtschafts- und Sozialhistoriker Werner Abelshauser: „Vor allem die negativen Auswirkungen umfangreicher Reparationen auf die Beschäftigung in den Gläubigerländern sowie die Zerstörung traditioneller Lieferverflechtungen durch Demontagen führten schließlich im Westen zum Scheitern der auf Reparationsvereinbarungen gesetzten Hoffnungen“ hinsichtlich der Beförderung der Nachkriegskonjunktur in den westlichen Siegerländern. Die Reparationsgüter wurden auf den nationalen Märkten der Alliierten aus der Sicht der Unternehmen als Konkurrenzgüter betrachtet. Bei den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der USA auf Akzeptanz stieß daher die Forderung der Gewerkschaften und Unternehmer ihrer Länder, für ihre Volkswirtschaften befürchtete sozial wie ökonomisch störende Wirkungen von aus Deutschland gelieferten Reparationsgütern zu vermeiden. Das Ergebnis waren sukzessive Kürzungen des Umfangs der ursprünglich vereinbarten Demontagelisten. Geht man von dem im März 1946 von den Siegermächten vereinbarten „Industrieplan“ aus, so verringerten sich die Forderungen mit dem im August 1947 revidierten zweiten Industrieplan um mehr als die Hälfte und nach einem weiteren Kürzungsbeschluss im November 1949 noch einmal um ein Fünftel.<sup>8</sup>

Anders als im marktwirtschaftlich organisierte Westen erwies sich die Planwirtschaft der Sowjetunion gegenüber den Reparationslieferungen aus der SBZ als durchaus integrationsfähig. Nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs wurde von der sowjetischen Seite die seit 1928 im Rahmen von Fünfjahrplänen gesteuerte wirtschaftliche Entwicklung wieder aufgenommen. Im ersten Nachkriegsfünfjahrplan (1946-1950) wurde die Aufgabe gestellt, die durch Hitlers Überfall

---

<sup>6</sup> Oskar Schwarzer, *Sozialistische Planwirtschaft in der SBZ/DDR*, Stuttgart 1999, S. 21.

<sup>7</sup> Winkler, S. 220.

<sup>8</sup> Winkler, S. 218-219.

auf die Sowjetunion eingetretenen Kapazitätsverluste so rasch wie möglich wieder auszugleichen. Eine Aufstellung der dafür dringend benötigten Industrie- und Verkehrsanlagen – das sowjetische Eisenbahnnetz hatten die deutschen Truppen bei ihrem Rückzug systematisch zerstört – lag bald vor. Dem Bedarf entsprechend waren die Demontagelisten zusammengestellt. So wurde z. B. in der SBZ das Schienennetz auf 48 Prozent reduziert, fast das gesamte zweite Gleis demontiert und das so gewonnene Material für den Wiederaufbau des sowjetischen Verkehrsnetzes verwendet.<sup>9</sup>

Obwohl die sowjetische Planwirtschaft anders als die westalliierten Reparationsgläubiger keine Probleme hatte, die in Deutschland demontierten Anlagen in ihre Wirtschaft zu integrieren, gab es doch auch auf sowjetischer Seite Probleme mit den Demontagelieferungen. Diese waren allerdings nicht ordnungspolitisch zu erklären: Unter planwirtschaftlichen Gesichtspunkte ausgewählte Fabrikanlagen aus Deutschland trafen an ihrem neuen Bestimmungsort in der UdSSR, bedingt durch bereits bei der Demontage oder infolge des langen Transports eingetretenen Beschädigungen, oftmals nicht mehr vollwertig, manchmal auch nur noch als Schrott ein. Die sowjetische Besatzungsmacht entschloss sich daher, ab Juni 1946 einen wachsenden Teil ihrer Reparationsforderungen durch Entnahmen aus der laufenden Produktion der SBZ zu befriedigen. Zu diesem Zweck wurden ursprünglich für die Demontage vorgesehene hochproduktive Unternehmen der Schwerindustrie und des Maschinenbaus in sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG-Betriebe) umgewandelt, die in Deutschland weiter produzierten, aber fast ausschließlich für den sowjetischen Bedarf. Diese Art Reparationsleistungen, Entnahmen aus der laufenden Produktion, gab es fast nur in der SBZ, denn in den Ländern der westlichen Alliierten wären derartige Lieferungen vonseiten der einheimischen Unternehmerschaft als Konkurrenz für ihre Erzeugnisse auf ihren nationalen Märkten angesehen worden. Gegen diese Art von Reparationslieferungen, auf dem Treffen der Alliierten in Jalta noch neben den Demontagen aufgeführt, hat sich dann insbesondere Großbritannien auf der Potsdamer Konferenz ausgesprochen und seine Auffassung durchgesetzt.<sup>10</sup>

### **3. Wieweit ist die wirtschaftliche Auseinanderentwicklung von Bundesrepublik und DDR auf Reparationen zurückzuführen?**

Als Resultat vor allem der ordnungspolitisch begründeten Unterschiede in der Aufnahmefähigkeit der Volkswirtschaften der Siegermächte für Reparationsgüter und der daraus resultierenden unterschiedlichen Dauer der Reparationslieferungen – in Westdeutschland bis 1948, in der DDR bis 1954 – belasteten die Wiedergutmachungsleistungen den Wiederaufbau in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich stark und hoben die in den 1930er Jahren vorhandene und durch den Weltkrieg noch nicht wesentlich veränderte Parität des wirtschaftlichen Niveaus von Ost- und Westdeutschland rasch auf.

---

<sup>9</sup>

Siegfried Wenzel, Was war die DDR wert? Berlin 2020, S. 84-85.

<sup>10</sup>

Wenzel, S. 75-76.

Dass das Zurückbleiben von Ostdeutschlands Wirtschaftskraft auch auf das Ausmaß der Belastungen durch Reparationsleistungen zurückzuführen sein könnte, wurde in den im Rahmen der Geschichtsaufarbeitung durchgeführten Untersuchungen von keinem Wissenschaftler bezweifelt. Die Angaben über den Umfang der Reparationen für die einzelnen Zonen und damit auch die Differenz in den Belastungen zwischen Ost- und Westdeutschland war aber von ihnen insofern nicht exakt nachzuweisen, als das Gesamtmaß der vom Vierzonen-deutschland geleisteten Reparationen wie auch der Anteil der einzelnen Zonen sich wegen Schwierigkeiten bei der Bewertung der Reparationsgüter als nicht eindeutig feststellbar erwies. Diesbezüglich stimmen fast alle Autoren, die Studien über den Umfang der Reparationen verfasst haben, überein und haben deshalb in der Regel ihre Ergebnisse mit einem gewissen Vorbehalt veröffentlicht. So z. B. Siegfried Wenzel, auch wenn er zu dem Schluss kommt, dass „auf jeden Einwohner, vom Kind bis zum Greis in der DDR 5.500 DM Reparationen, in der Bundesrepublik 42 DM (jeweils zu ihrem Wert 1953) entfielen – in der DDR pro Einwohner also mehr als das 130 fache“.<sup>11</sup>

Den geeigneteren Weg, die sich aus den Reparationslasten der Westzonen und der Ostzone ergebenen Bremswirkungen für das wirtschaftliche Wachstum zu ermitteln, stellt m. E. eine Gegenüberstellung der Entwicklung der Wirtschaftskraft beider Regionen dar, berechnet auf der Basis Bruttonettoprodukt je Einwohner. Dabei wird der Umfang der Reparationen nicht direkt gemessen, vielmehr das Ausmaß ihrer Wirkung auf die ökonomische Entwicklung der betroffenen Region. Ein derartiger Vergleich lässt sich aufgrund von Daten, die seriöse Wirtschaftsinstitute<sup>12</sup> in ihren Publikationen veröffentlicht haben, über einen langen Zeitraum durchführen. Wenn man so das Bruttonettoprodukt je Einwohner in der DDR mit dem der Bundesrepublik von 1950 bis 1989 vergleicht, dann erreichte die Wirtschaftskraft der DDR im Jahre 1950 nur 39 Prozent der der Bundesrepublik. Angesichts eines in etwa gleichen Wirtschaftsniveaus in beiden Teilen Deutschlands 1936 ergibt sich, dass gemessen an der Vorkriegszeit die Wirtschaftskraft Ostdeutschland im ersten Nachkriegsjahrfünft auf weniger als die Hälfte des westlichen Deutschlands absank. Angesichts von keinem signifikanten Unterschied im Zerstörungsgrad der Produktivkräfte in Ost und West bedeutet dies, dass das Absinken der Wirtschaftskraft des Osten Deutschlands gegenüber der des Westens eher auf die unterschiedliche Reparationslast als auf andere Faktoren inklusive Wirtschaftsordnung zurückzuführen ist. Denn wesentliche Unterschiede in der Wirtschaftsführung, die man heute bereits für die ersten Nachkriegsjahre gern für das Zurückbleiben der ostdeutschen Wirtschaft verantwortlich macht, gab es überhaupt noch nicht. In beiden Regionen Deutschlands herrschte ein System der Wirtschaftslenkung vor, das von den Wirtschaftshistorikern als „Bewirtschaftung“ bezeichnet wird. Nach Abelshäuser ge-

---

<sup>11</sup> Wenzel, S. 87.

<sup>12</sup> Es handelt sich um Veröffentlichungen von zwei Kölner Wirtschaftsinstituten: Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln. Historische Sozialforschung, Vol. 38 (2013) 4, S. 29 und Institut der deutschen Wirtschaft, Köln: Deutschland in Zahlen 2012, S. 131 u. 2014, S. 129.

währleistete es in der „extremen Ausnahmesituation der Nachkriegszeit wenigstens ein Minimum an Koordination der Versorgung und Produktion“.<sup>13</sup> Dabei handelt es sich um ein weitgehendes, aber keineswegs umfassendes staatliches Lenkungssystem. Ludwig Erhard hat dieses Lenkungssystem, es völlig negativ bewertend, als „Zwangsbewirtschaftung“ gekennzeichnet, als er sich in den Westzonen für die Rückkehr zur marktwirtschaftlichen Regulierung einsetze.<sup>14</sup>

Wenn aber in der Ost- und in den Westzonen in den ersten Nachkriegsjahren grundsätzlich das gleiche Wirtschaftslenkungssystem Anwendung fand und wenn die dieses System ablösende ordnungspolitischen Strukturen sich nicht vor Ende des Nachkriegsjahrfünft generell durchsetzten, dann kann man die Auswirkungen von Plan- bzw. Marktwirtschaft auf das Tempo der Wiederherstellung der Volkswirtschaft in beiden Teilen Deutschlands bis 1949/50 durchaus als zweitrangig betrachten. Relevant ist demnach für die Begründung des Wachstumsunterschiedes in erster Linie der Faktor Reparationen.

Die Reparationslieferungen fanden mit dem Ablauf des Nachkriegsjahrfünfts ein Ende. In der DDR waren noch bis 1954 Reparationen zu zahlen, wenn auch in verringertem Umfang. Und doch haben sie in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre und auch der Folgezeit den ökonomischen Wettbewerb zwischen beiden Teilen Deutschlands insofern geprägt, als es für die DDR nicht um ein Wettrennen mit der Bundesrepublik von gleicher Ausgangsposition aus ging, sondern ums Auf- und Einholen aus deutlichem Rückstand.

Man fragt sich, warum die Regierenden in der DDR die sich daraus ergebende Herausforderung ausdrücklich annahmen, trotz des gewaltigen, ja keineswegs durch sie und ihre Politik verschuldeten, hauptsächlich der besonderen Reparationslast geschuldeten Rückstands. Wie stand die SED-Führung überhaupt zu den Reparationen?

#### **4. Wie weit berücksichtigte die SED-Führung die Reparationszahlungen in ihrer deutschlandpolitischen Strategie des Einholens und Überholens?**

Prinzipiell der Zahlung von Reparationen zugestimmt hatte die KPD- bzw. SED-Führung der Sowjetzone bereits, als sie im Juni 1945 mit einem programmatischen Aufruf an die Öffentlichkeit ging und sich zur „Pflicht zur Wiedergutmachung“ bekannte.<sup>15</sup> Zuständig für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen wurde die im Juni 1947 geschaffene Deutsche Wirtschaftskommission, die Vorläuferin der DDR-Plankommission. „Damit geht“, so der für Wirtschaftsfragen im Politbüro zuständige Walter Ulbricht im Juni 1948, „die Verantwortung für die (ost-)deutsche Wirtschaft einschließlich der Reparationsleistungen an eine deut-

---

<sup>13</sup> Abelshauer, S. 114.

<sup>14</sup> Wolfgang Weimer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zu Euro, Hamburg 1998, S. 56-66.

<sup>15</sup> 30 Jahre volkseigene Betriebe. Dokumente und Materialien, Berlin 1976, S. 33.

sche Verwaltung über. Das letztere ist besonders wichtig. Da die Reparationsleistungen ziffernmäßig festgelegt sind, geht die Übererfüllung des Planes ausschließlich zum Nutzen des Aufbaus.“ Die Lieferungen an die sowjetischen Besatzungsorgane bezifferte Ulbricht auf 17 Prozent, weitere Leistungen für die Besatzungsmacht auf 8 Prozent der Nettoproduktion der SBZ. Für Ulbricht wichtig war, dass „für die sowjetische Besatzungszone eine klare Rechnung geschaffen worden ist“.<sup>16</sup> Zwei Jahre später, im Juli 1950, konnte Ulbricht in Vorbereitung des ersten Fünfjahrplans (1951-1955) verkünden, dass „Generalissimus Stalin den Ministerrat der Sowjetunion veranlasst habe, die auf Grund des Potsdamer Abkommens noch zu leistenden Reparationsverpflichtungen um 50 % herabzusetzen“.<sup>17</sup>

Im veröffentlichten Fünfjahrplandokument finden sich allerdings keinerlei Hinweise auf die zu zahlenden Reparationen, obwohl sie fast das gesamte Jahrfünft zu leisten waren. Die weiteren Perspektivpläne, die ab 1956 galten, waren dann tatsächlich nicht mehr durch Reparationszahlungen belastet. In den Reden der SED-Führer zu diesen Fünf- und Siebenjahrplänen finden sich aber auch weder exakten Angaben über den Produktivitätsrückstand der DDR gegenüber der BRD noch Hinweise darauf, inwieweit dieser auf die außerordentlichen Reparationslasten im ersten Nachkriegsjahrfünft zurückzuführen war.

Man kann daraus natürlich schließen, dass die leitenden SED-Politiker ihren Hauptverbündeten beim „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ bei der Bevölkerung nicht in Misskredit bringen wollten. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass sie meinten, den Rückstand gegenüber der Bundesrepublik aufgrund ihrer überlegenen sozialistischen Wirtschaftsordnung innerhalb weniger Jahre beseitigen zu können. Wenn man die entsprechenden Passagen in den Abschnitten zur Begründung der Perspektivpläne liest, dann hat man den Eindruck, es handele sich bei Staatseigentum und Planwirtschaft um Wunderwaffen im ökonomischen Wettkampf, über die in Deutschland nur die DDR verfüge und mit der sie Außerordentliches – auch die rasche Beseitigung der durch die hohen Reparationslieferungen an die Sowjetunion in den Nachkriegsjahren entstandenen Schäden in der Volkswirtschaft – realisieren könne. Diesbezüglich hieß es im Referat Ulbrichts anlässlich der Vorstellung des Zweijahrplans: „Die Durchführung unseres Zweijahrplanes wird dem ganzen deutschen Volk beweisen, dass die Wirtschaftsordnung, wie sie in der sowjetischen Besatzungszone verwirklicht ist, der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie Westdeutschlands überlegen ist.“<sup>18</sup> Ähnliche Annahmen lagen allen dem Zweijahrplan folgenden Fünf- und Siebenjahrpläne der DDR zugrunde und erklären deren überaus ehrgeizige Zielsetzungen.

Wie weit aber erwies sich das Vertrauen der SED-Führung darin, dass es dank Volkseigentum und Planwirtschaft möglich sei, den im Nachkriegsjahrfünft eingetretenen Rückstand in der Wirtschaftskraft der DDR gegenüber der Bundesrepublik auf jeden Fall aufzuholen, als realistisch? Führt man den bereits für 1950 in diesem

---

<sup>16</sup> Der deutsche Zweijahrplan für 1949-1950, Berlin 1948, S. 19.

<sup>17</sup> Walter Ulbricht, Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft, Berlin 1950, S. 31.

<sup>18</sup> Der deutsche Zweijahrplan, S. 8, 15.



Beitrag vorgenommenen Vergleich der Entwicklung des Bruttonprodukts je Kopf der Bevölkerung (DDR 39 Prozent, BRD 100 Prozent) fort, dann erreichte die DDR 1960 bzw. 1965 41 Prozent, 1970 45 Prozent und 1975 50 Prozent der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik. 1989, im letzten vollen Wirtschaftsjahr der DDR, betrug das BIP je Einwohner in Ostdeutschland 55 Prozent des westdeutschen Niveaus.<sup>19</sup>

Das Ergebnis des wirtschaftlichen Wettlaufs ist eindeutig: vom propagierten Einholen oder gar Überholen, für das im Siebenjahrplan erstmals eine Jahreszahl – 1961 – genannt wurde<sup>20</sup>, konnte keine Rede sein.

Vergleicht man das verkündete Soll mit dem erreichten Ist und stellt fest, dass das über all die Jahre, in denen der wirtschaftliche Wettbewerb zwischen beiden deutschen Staaten lief, die entsprechenden Werte für die DDR nie wesentlich mehr als die Hälfte derjenigen der Bundesrepublik erreichten, dann sieht es so aus, als trafen die generellen Urteile über die mindere Effektivität der Planwirtschaft gegenüber der Marktwirtschaft für die DDR gegenüber der BRD in jedem Falle zu. Nimmt man jedoch das erste Nachkriegsjahrfünft, in dem die ostdeutsche Wirtschaftsleistung, wie beschrieben, im Vergleich zur westdeutschen, unter dem Druck hoher Reparationslieferungen dramatisch zurückging, aus dem Vergleich heraus, legt man die Jahrzehnte zwischen 1950 und 1989 zugrunde, als die Planwirtschaft im Osten und die Marktwirtschaft im Westen sich voll entfaltet hatten, dann kann von einer ähnlichen Entwicklung der Wirtschaftskraft, gemessen an der Zunahme des BIP je Einwohner, in beiden deutschen Staaten die Rede sein.<sup>21</sup>

## **5. Die Haltung der politischen Klasse in der Bundesrepublik zu den von der DDR geleisteten Reparationen**

Das Resultat des wirtschaftlichen Effektivitätsvergleichs für die Jahre 1950 bis 1989 verträgt sich nicht nur schwer mit neoliberalen Behauptungen. Es unterstreicht vor allem noch einmal die außerordentliche Bedeutung der Reparationen, genau genommen, die Folgen ihrer sehr ungleichen Verteilung zwischen der Ost- und den Westzonen, für die Entwicklung beider deutscher Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Wurden diese Folgen von der politischen Klasse in der DDR unterschätzt, weil man lange Zeit glaubte, mit der Planwirtschaft über die perfekte Aufholdroge zu verfügen, so von der politischen Klasse in der Bundesrepublik, weil sie glaubte, den Rückstand der DDR in der Wirtschaftskraft prinzipiell auf die Wahl eines ineffektiven wirtschaftlichen Lenkungssystems, auf Staatseigentum und Planwirtschaft zurückführen zu können; was wiederum bedeutete, dass die Ostdeutschen bzw. deren Führung für den Rückstand bei der Wirtschaftskraft und den Folgen für den Wohlstand allein die Verantwortung trügen.

---

<sup>19</sup> Vgl. Fußnote 12.

<sup>20</sup> Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstands und des Glücks des Volkes, Berlin 1959, S. 159.

<sup>21</sup> Vgl. auch den Beitrag von Jürgen Leibiger in diesem Heft.

Der Gedanke, die DDR-Bevölkerung für die negativen Auswirkungen der von den Siegermächten bewirkten Verteilung der deutschen Reparationslast zu entschädigen, spielte in der bundesdeutschen Politik nur einmal eine Rolle, während der Jahreswende 1989/90, als man begann über die Neuordnung der jahrzehntlang als stabil angesehenen Nachkriegsstrukturen in Deutschland nachzudenken. In dieser Zeit erregte das Memorandum des Bremer Professors Arno Peters über die Notwendigkeit eines Lastenausgleichs, der der DDR durch die Bundesrepublik gezahlt werden sollte und den Peters mit der ungleichen Verteilung der Reparationslasten begründete, beträchtliche Aufmerksamkeit. Gestützt auf vom „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen“ 1985 veröffentlichten Zahlen berechnete der Historiker von der Universität Bremen, dass die DDR 97 bis 98 Prozent der Reparationslast Gesamtdeutschlands getragen habe. Dafür eine Ausgleichszahlung der Bundesrepublik an die DDR zu verlangen, halte er für völlig gerechtfertigt. Peters veröffentlichte Ende November 1989 eine entsprechende Forderung, einen Aufruf, der von zwölf Wissenschaftlern und Politikern aus der Bundesrepublik unterschrieben wurde. Er argumentierte: „Mir geht es darum, deutlich zu machen, dass wir, wenn wir jetzt der DDR Ressourcen zur Verfügung stellen, das nicht unter der Überschrift ‚Hilfe‘ oder gar ‚altruistische Hilfe‘ tun können.“ Vielmehr müsse die Bundesrepublik sich als Treuhänder betrachten, „für die Bevölkerung der DDR in Bezug auf ein gewissermaßen gespartes Kapital, mit dem wir arbeiten konnten. Und dieses Treugut muss man natürlich zurückgeben.“<sup>22</sup> Peters und die anderen Unterzeichner des Memorandums betrachteten die im Osten überdurchschnittlich geleisteten Reparationen als eine Vorleistung, die das ostdeutsche Entwicklungspotential in beträchtlichem Maße vermindert hatten und die ein entscheidender Faktor dafür waren, dass Lebensstandard und Produktivität in der DDR auch vierzig Jahre nach Kriegsende nur in etwa halb so hoch waren wie in Westdeutschland. Die SBZ bzw. DDR habe, argumentierte Peters, in den Anfangsjahren nur 7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Wiederherstellung und Erneuerung ihrer Produktions- und Verkehrsanlagen ausgeben können, die Westzonen bzw. die Bundesrepublik dagegen 20 Prozent. Er plädierte unter den nunmehr gegebenen Bedingungen für eine Begleichung der Schuld, für einen Lastenausgleich in DM zugunsten der DDR in Höhe einer zweistelligen Milliardensumme.<sup>23</sup>

Forderungen in vergleichbarer Höhe erhob auch die über die „friedliche Revolution“ in der DDR im Herbst 1989 an die Macht gekommene Regierung von DDR-Ministerpräsident Hans Modrow im Rahmen ihres Angebots einer Vertragsgemeinschaft mit der Regierung von Kanzler Kohl.<sup>24</sup> Doch als nach den Volkskammerwahlen vom März 1989 in der DDR die von Helmut Kohl unterstützten Parteien eine Mehrheit der Stimmen erlangten und die Regierung Modrow zum Rücktritt gezwungen war, gewann im sich vereinigenden Deutschland auch die in der Bundesrepublik übliche Sicht auf die Reparationen wieder die Oberhand.

---

<sup>22</sup> Zitiert in: Wenzel, S. 88.

<sup>23</sup> Wenzel, S. 87.

<sup>24</sup> Hans Modrow, *Aufbruch und Ende*, Hamburg 1991, S. 40-43; Wenzel, S. 87.

## **Fazit**

Die Reparationszahlungen waren die Hauptursache für das Zurückbleiben Ostdeutschlands bzw. der DDR bei Produktion und Verbrauch gegenüber der Bundesrepublik im ersten Nachkriegsjahrfünft. Sie beeinflussten den ökonomischen Wettlauf zwischen beiden Teilen Deutschlands auch in den folgenden viereinhalb Jahrzehnten, als die Planwirtschaft der DDR ungeachtet beträchtlicher Anstrengungen und Leistungen nicht in der Lage war, den einmal eingetretenen großen Rückstand zu tilgen.

In der Geschichtsschreibung über die beiden deutschen Staaten ist die Rolle, die die Reparationszahlungen für die unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung beider deutscher Staaten hatten, häufig unterschätzt worden. Die erreichten bzw. – im Falle der DDR – die nicht erreichten Ergebnisse sind ganz überwiegend den unterschiedlichen Wirtschaftssystemen, die sich in der Bundesrepublik und der DDR herausbildeten, zugerechnet worden. Das aber stimmt so nicht. Einen empirischen Nachweis für die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen gegenüber dem planwirtschaftlichen Lenkungssystem vor allem anhand der Wirtschaftsdaten von beiden deutschen Staaten zu demonstrieren, wie das in zeitgeschichtlichen Publikationen bis heute gang und gäbe ist, erlauben die Ergebnisse eines seriösen Vergleichs nicht, denn ein seriöser Vergleich muss unbedingt Umfang, Struktur und Verteilung der Reparationen, die Deutschland zu zahlen hatte, berücksichtigen.